Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 81 (1987)

Heft: 2

Artikel: Brief aus dem Nationalrat : Rüstungsreferendum und Demokratieverständnis

Autor: Braunschweig, Hansjörg

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143319

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Rüstungsreferendum und Demokratieverständnis

Nationalrat Dr. Peter Spälti, Offizier und höchster Chef der «winterthur versicherungen» (ein Dreiklang, wie es sich für einen echten Freisinnigen gehört!), gab sich vor der auch politisch und wirtschaftlich einflussreichen Allgemeinen Offiziersgesellschaft Zürich und Umgebung überzeugt, dass die Annahme der Initiative für Mitsprache des Volkes bei Militärausgaben (Rüstungsreferendum) «der Demagogie Tür und Tor öffnen» würde.

Dieses Risiko ist nicht ganz auszuschliessen, aber gerade in diesem Wagnis besteht das Wesen der Demokratie. Demokratie hat zu allen Zeiten ein Minimum an Vertrauen vorausgesetzt, und ohne Vertrauen war auch nie ein Ausbau-Schritt möglich. Gegen die Ängste der Herrschenden und Besitzenden mussten die Rechte der Armen, der Arbeiter, der Frauen erkämpft werden. Auch das nicht gewährte Stimm- und Wahlrecht für Ausländer oder Achtzehnjährige ist ein Problem der Spannung zwischen Angst und Vertrauen. Das gilt nicht weniger für die Ausdehnung der Demokratie auf neue Sachbereiche: auf den AKW- oder Strassenbau, das Miet-, Arbeits- oder Konsumentenrecht.

Wir stellen Spältis Demokratieverständnis noch in einer zweiten Richtung in Frage: Er rief zu mehr Aufklärungsarbeit auf, «insbesondere auch durch die Kader der Armee». Wenn ein Offizier als Staatsbürger seine Rechte und Pflichten wahrnimmt, ist das problemlos. Anders wenn sich Offiziere in Gesellschaften zusammenschliessen und als Kader der Armee politisch Stellung nehmen, Druck auf Volk und Behörden ausüben und ihre Macht im Staate ausspielen! Und das geschieht in unserem Lande tausendfach und in allen Spielarten; denn die Offiziere haben die Mehrheit im Militärdepartement, im Bundesrat, im Parlament, in den Medien, an Universitäten und Schulen und vor allem auch in der Privatwirtschaft. Da gibt es keine Gewaltentrennung und keinen Föderalismus, nicht einmal ein staatspolitisches Problembewusstsein. Von Zeit zu Zeit sollte man sich wenigstens daran erinnern und den Finger darauf legen, zum Beispiel im Abstimmungskampf um das Rüstungsreferendum. Das Volksbegehren macht es möglich, den Filz zwischen Offizieren, Politikern und Rüstungsindustriellen etwas aufzubrechen oder wenigstens auszuleuchten und sichtbar zu machen. Aus dieser Perspektive sind die Ängste des Herrn Spälti eigentlich gut verständlich.

Das unaufhaltsame Ansteigen der Militärausgaben

In Milliarden Schweizerfranken haben die Militärausgaben wie folgt zugenommen:

1960: 0,969
1970: 2,014
1980: 3,533
1981: 3,682
1982: 3,995
1983: 4,313
1984: 4,457
1985: 5,043
1986: 4,835 (gemäss Voranschlag)
1987: 4,805 (gemäss Voranschlag)

Auch 1986 und 1987 ist nicht mit einem tatsächlichen Rückgang der Militärausgaben zu rechnen. Wegen des be-

schleunigten Kaufs der Kampfpanzer Leopard II 1985 stehen 1986 und 1987 Kompensationen zu Buche. In den nächsten Jahren wird die Kurve mit Sicherheit wieder ihren normalen Höhenflug einhalten. Sie stimmt allerdings nicht mit der ganzen Wirklichkeit überein, denn sie enthält nicht die Militärausgaben der Kantone, gemischtwirtschaftlicher Betriebe, der Privatwirtschaft und auch nicht des einzelnen Dienstpflichtigen. Würden wir diese Posten mitberücksichtigen, müsste das jährliche Militärbudget auf rund 8 Milliarden hinaufschnellen.

Wir befürchten einen weiteren Knick in der Kurve nach oben durch Zusatzabgaben für geplante Rüstungsbeschaffungen. Der frühere Vorsteher des EMD versuchte regelmässig solche Sorgen zu zerstreuen, ohne dies allerdings begründen zu können. Fast nur Offiziere haben bis heute den Ruf nach mehr Militärausgaben erhoben. Die Politiker schweigen in der Regel – jedenfalls vor der Volksabstimmung über das Rüstungsreferendum. Nach dem 5. April 1987 und nach den Herbstwahlen werden sie mit grösster Wahrscheinlichkeit neue und massive Forderungen lauthals in die Diskussion werfen. Nur das Rüstungsreferendum gibt uns eine Chance, dieser Tendenz Einhalt zu gebieten.

Der grössere Zusammenhang

Die Initiative für die Mitsprache des Volkes bei Militärausgaben ist weder sozialistisch noch antimilitaristisch, ich würde sie als liberal und sozial bezeichnen. Weil die heutigen Bürgerlichen nicht mehr liberal, sondern nur noch privatwirtschaftsabhängig sind, müssen wir Sozialisten und Pazifisten uns für ihre Postulate einsetzen! Das Volksbegehren gehört in die Reihe unserer Initiativen für das Waffenausfuhrverbot, den Zivildienst und für Rothenthurm. Die Armee muss in jedem Fall in ihre Grenzen gewiesen werden, diesmal im finanziellen Bereich, aber nicht nur in diesem.

Das Rüstungsreferendum stellt grundsätzliche Fragen, denen die Armee, das EMD und die ganze offizielle Schweiz mit konstanter Praxis ausweichen:

1. Leichtfertig verursachte Waldbrände, Fluglärm, Fluglärmexport auf die Insel Sardinien und ins Valle Cristallina sind Stichworte für die unerträglich gewordene Umweltbelastung der Armee. Darin liegt kein Vorwurf, nur eine Feststellung, denn die Armee versucht laufend und erfolglos, ihre eigene Umweltzerstörung in Schranken zu halten.
2. Kürzlich sagte ein junger Diskussionsteilnehmer aus Volketswil: «Ich fühle mich nicht von der Sowjetunion bedroht, sondern von der Chemie, von Sandoz!» Die Antwort von Korpskommandant Feldmann, damals Dreizack-General, war ein mildes, väterliches Lächeln! Und Feldmann gehört zu den intelligentesten und dialogbereiten Offizieren! So wenig ernst werden junge Menschen genommen, wenn sie selber denken und fühlen und nicht gerade in Uniform stecken.
3. Jahrelang haben Friedensorganisationen in der Schweiz zu Zivilschutz und Gesamtverteidigung Fragezeichen gesetzt: Erst in den letzten Monaten ist auch bei Behörden und in der Öffentlichkeit Verunsicherung und Krisenstimmung ausgebrochen. Ob daraus etwas Neues, etwas Zeitgemässes, Demokratisches entsteht, oder ob der alte Irrweg nur neu gepflastert wird, sind heute noch offene Fragen.
4. Schrittweise und schleichend kommt der «ständig einsatzbereite Truppenkörper», die Berufskerntruppe auf uns zu, nicht zuletzt auch für den Einsatz im Landesinnern. Das Rüstungsreferendum kann uns Gelegenheit geben, dazu heisse Fragen in die Öffentlichkeit zu tragen und unschweizerische Entwicklungen zu verhindern.

Wir sollten zum Rüstungsreferendum nicht nur selber JA sagen, sondern auch in unserer Nachbarschaft zur Bewusstseinsbildung ganz persönlich und konkret beitragen.

Hansjörg Braunschweig